

Constitutionen - Aufgaben

Nr 1

Die Notstandsgesetze gibt es seit 1968 in Deutschland. Es ist nicht wie in anderen Ländern, dass auch diese Gesetze die Gewaltenteilung außer Kraft tritt. Diese Gesetze dienen als Erweiterung der Grundgesetze im Krisenfall.

Es gibt zwei unterschiedliche Notstände einmal den inneren Notstand, diesen kann bei Terror oder einer Katastrophe ^(bzw. Gefahr Innerer Gefahr) ausgerufen werden, der äußere Notstand hingegen kann bei militärischer Bedrohung ausgerufen werden. Bei Notstand können so die Grundrechte eingeschränkt werden und so kann zum Beispiel das Recht sich frei bewegen zu können eingeschränkt werden. Außerdem kann der Bund so auch in die Rechte der Länder eingreifen und sich zum Beispiel die Polizei, die eigentlich dem Land untergeordnet ist, unterwerfen und so die Befehle erteilen. Der Ausnahmezustand, bei einem Verteidigungsfall, über den mit $\frac{2}{3}$ Mehrheit im Bundesrat abgestimmt wird, können die Gesetzgebungsvorgänge vereinfacht werden. Der Bundeskanzler hat den das Kommando über die Streitkräfte und die Bundespolizei kann im ganzen Land eingesetzt werden. Im Verteidigungsfall entscheidet der Gemeinsame Ausschuss, dies ist eine Zusammensetzung von $\frac{2}{3}$ Abgeordneten aus dem Bundesrat und $\frac{1}{3}$ Abgeordneten aus dem Bundestag über Gesetze und nicht der Bundesrat. Außerdem kann die Bundeswehr im Land eingesetzt werden.

Beim Innereinkauf kann am Beispiel des Post- und Fernmeldegeheimnis eingeschränkt werden. Im Kriegszustand werden, kann auch Kernwaffen ausgesetzt um die Kontrolle der Exekutive zu gewähren und das Bundesverfassungsgericht wird auch nicht neu gewählt. Als Bürger kann man aber klagen wenn die Exekutive zu versucht die demokratische Ordnung abzuschaffen. Der Verteidigungszustand kann von Bundesrat und Bundesversammlung abgelehnt werden.

Nr 2

Ein Grund für das Fehlen des Notstands Bannraum
(Krisenphase)

Beispiel auch eine Schule, wie das Coronavirus sein. (Verfassungs-
legitim)

Der Bund entscheidet hierbei, aber selber muss ein
Notstand gegeben ist und wenn nicht. Es ist also
theoretisch möglich den Notstand auszurufen, aber
es ist sehr unwahrscheinlich, da der Notstand
seit der Einführung noch nie ausgerufen wurde. Die
Einschränkung der Grundrechte erfolgt über, auf
Grundlage von einzelnen Gesetzen. Folger: ... 20
kann das Infektionsschutzgesetz auch die Freiheit
der Bürger einschränken, und ihnen Vorschriften diktieren
zu bleiben. Einige andere Länder wie Spanien oder

Italien haben bereits den Notstand ausgerufen. Der
Notstand könnte uns helfen Bundeswehr im Inneren
einsetzen zu können, so könnte die Bundeswehr
dafür sorgen, dass Ausgangsverbote eingehalten werden
und mit ihren Kräften beauftragten helfen. Der Grenzschutz
könnte dann auch im Inland helfen.

Nr 3

Weimarer Republik

In der Weimarer gab es das Notverordnungsrecht § 48. Mitleid
Durch dieses Gesetz war es dem Reichspräsidenten
möglich, die parlamentarische Kontrolle zu umgehen und
alleine zu regieren. Dies war um Gesetze schneller
verfassen zu können, um aber später von Hindenburg
miskreditet. Das Gesetz war eigentlich gut gewählt, da
man den vor schon nach dem 1. Weltkrieg viele Unruhen
hatte und so schnell zu Ruhe und Ordnung kommen wollte und
nicht Bürgerkriegs-artig zustünde, aber es gab dem
Reichspräsidenten zu viel Macht und wurde deshalb von nationalsozialistischen
Nationalsozialisten
Mischling, das Notverordnungsrecht herabgesetzt in eine gute Idee

Am 4. Februar 1933 wurde die „Notverordnung zum
Schutz des Volkes“ erlassen. Durch diese wurde die
Meinungsfreiheit eingeschränkt, dass es kommen zu
Zeichnungen verboten werden die vernünftigerweise die
Sicherheit der Bürger in Gefahr setzen. Nach dem
Reichstagsbrand am 27. Februar 1933 wurde der
Notstand ausgerufen und es wurden so zentrale
Grundrechte ausgesetzt Gesetz zu konnten Menschen
in Konzentrationslager gebracht werden, da es erlaubt
war Personen in Schutzhaft zu nehmen. Außerdem
wurde die Todesstrafe für Brandstiftung verhängt mit
dem Ermächtigungsgesetz, konnte die regierende
Partei, NSDAP, uneingeschränkt regieren, das
Gesetzes Name war „Gesetz zur Befreiung des Volkes und Reichs“.
Das Gesetz wurde ^{von NSDAP} Mischling um an der alleinigen Macht zu
bleiben

Nach dem 2. Weltkrieg, gab es keine Notkündigungsrechte mehr im Grundgesetz, wegen diesem Wahlminderwahl. 1968 wurde dann aber wieder die Notkündigungsordnung im Grundgesetz aufgehoben, es gab aber viel Protest dagegen, da viele Angst hatten, so etwas würde erneut passieren.